



EINE BILDUNGSOFFENSIVE FÜR ZÜRICH

In der Schweiz sind trotz gutem Bildungsangebot die Chancen ungleich verteilt: Gerade wenn es um tertiäre Bildung geht, sieht man, dass gut ausgebildete Schichten sich weitgehend selber reproduzieren: Studierende an Hochschulen haben häufig Eltern, die selber studiert haben. Arbeiter*innenkinder und Ausländer*innen bleiben aussen vor.

Und auch wenn dank dem dualen Berufsbildungssystem und der mittlerweile grösseren Durchlässigkeit in der höheren Berufsbildung und den Fachhochschulen in der Schweiz der soziale Aufstieg auch ohne akademischen Hintergrund grundsätzlich möglich ist, so können wir uns mit diesem Zustand aus sozialdemokratischer Perspektive nicht zufriedengeben. Insbesondere müssen auch Menschen mit Lehrabschluss ohne Weiterbildung gefördert werden.

Jedes Kind soll nach seinen Neigungen und Fähigkeiten optimal gefördert und gebildet werden

Wozu dient Bildung? Sie ermöglicht es den Menschen, ihre individuellen Potenziale zu entfalten. Der Mangel an grundlegenden Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen macht es unmöglich, ein selbstbestimmtes Leben zu führen oder sich aktiv an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Die persönlichen Freiheiten eines Menschen werden dadurch entscheidend eingeschränkt.

Keinesfalls darf Bildung als blosser Vorbereitung auf die spätere Arbeitsstelle verstanden werden. Stattdessen muss auch kreativen Fächern wie Musik und bildnerischem Gestalten genügend Zeit eingeräumt werden, damit die Schüler*innen einerseits einen Ausgleich zu den kopflastigeren Fächern haben und andererseits alle Interessen abgedeckt werden.

Bildung soll freie Entfaltung für alle bedeuten. In der Realität erleben viele das Bildungssystem als belastend und stressig. Neben dem Leistungsdruck ist auch die Chancenungleichheit ein grosses Problem unseres heutigen Bildungssystems. Die Weichen dafür werden in der Schweiz bereits früh gestellt: Die späte Einschulung und frühe Selektion erhöhen die Chancenungleichheit noch zusätzlich. Umso wichtiger sind die frühe Förderung und ein qualitativ hochstehendes und gut ausgebautes Angebot in der ausserfamiliären Kinderbetreuung. Solche Angebote sind ausserhalb von Zürich und Winterthur jedoch erst rudimentär eingerichtet.

Wo bereits ein ausreichendes Angebot besteht, sind dafür die Betreuungskosten teilweise so hoch, dass sie die Familienhaushalte massiv belasten und für negative Anreize sorgen – z.B. wenn die Betreuungskosten so hoch sind, dass es sich für einen Elternteil nicht lohnt, einer Teilzeitarbeit nachzugehen. Gleichzeitig

ist das Kita-Personal nicht oder zu wenig ausgebildet, leidet unter schlechten Arbeitsbedingungen und wird nicht adäquat bezahlt.

Dabei ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht nur für die Gleichstellung von Mann* und Frau* zentral. Sie entscheidet auch darüber, wie viel die Eltern selber zur frühen Förderung ihrer Kinder beitragen können. Ein gutes, bezahlbares Betreuungsangebot ist dafür in vielen Fällen matchentscheidend.

Im Bereich der Volksschule agiert der Kanton Zürich heute viel zu zögerlich

Seit der Ablehnung der Grundstufe hält der Kanton am Status quo fest, was sich etwa an der äusserst zaghaften Vorlage zur gesetzlichen Verankerung von Tagesschulen zeigt. Inhaltlich wie finanziell wird die Federführung für die Weiterentwicklung der Volksschule den Gemeinden überlassen. Diese reagieren zwar oft mit progressiven Lösungen auf veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen – so z.B. die Stadt Zürich mit der Tagesschule 2025. Damit tragen sie in Abwesenheit des Kantons dem politischen Willen für eine aktive Rolle der öffentlichen Hand bei der künftigen Ausgestaltung der obligatorischen Bildung Rechnung. Ohne Unterstützung des Kantons gelangen die Gemeinden aber über kurz oder lang an ihre Grenzen - sowohl was die Infrastrukturen als auch die personellen Ressourcen betrifft.

Es braucht deshalb dringend eine progressive Neubesinnung in der kantonalen Volksschulpolitik, die entsprechende Impulse aus den Gemeinden aufnimmt und sie bei der Umsetzung unterstützt. Es ist höchste Zeit, dass der Kanton ernst macht mit der Förderung von Tagesstrukturen und Tagesschulen - und darunter mehr versteht als eine halbherzige Einführung von Blockzeiten.

Zu einer progressiven Volksschulpolitik gehört auch, dass der duale Bildungsweg gestärkt wird. Das bedingt ein sorgfältiges Augenmerk auf die Qualität der Sekundar- und Gewerbeschulen sowie Lehrbetriebe in allen Gemeinden. Der heute vor allem in städtischen Gebieten verbreitete Ansturm auf das Langzeitgymnasium schadet der Chancengleichheit und wird den entsprechenden bildungspolitischen Zielen auf lange Sicht nicht gerecht. Daneben sollen die Berufsfachschulen gestärkt werden, damit den Lernenden der Zugang zur Arbeitswelt und das darin Bestehen ermöglicht wird.

Gute Rahmenbedingungen für den Bildungs- und Forschungsstandort Zürich

Zürich ist ein bedeutender Bildungs- und Forschungsstandort und damit ein attraktiver Ort für innovative Unternehmen und Start-Ups. Das sichert uns attraktive und qualitativ hochstehende Arbeitsplätze auch in Zukunft.

Im Zuge der Digitalisierung kommen auf den Standort Zürich grosse Herausforderungen zu: Gerade in der Banken- und Versicherungsbranche wird davon ausgegangen, dass die Digitalisierung zu grösseren Umwälzungen führen wird. Davon ist auch eine Vielzahl von Stellen betroffen. Aus diesem Grund braucht es nebst der Themenstärkung in der Grund- und Berufsausbildung auch eine Offensive für Weiterbildungen und allfällige Umschulungen von Betroffenen.

Zugleich ist darauf zu achten, dass den Hochschulen unterschiedlichen Typs an ihren jeweiligen Standorten echte Entwicklungsmöglichkeiten offen bleiben und sie auch weiterhin auf eine weitsichtige öffentliche Finanzierung und eine dem Bedarf angepasste Raumplanung zählen können. Beispielhaft dafür sind die Standorte von Universität und Universitätsspital in Zürich und der ZHAW in Winterthur, an denen bewusst eine Weiterentwicklung der Hochschulen in den jeweiligen Zentren ermöglicht wurde und auch weiterhin ermöglicht wird.

Unsere Forderungen

Um gleiche Chancen für alle zu erreichen, müssen wir früh ansetzen - dann, wenn die wichtigen ersten Weichen gestellt werden. Dazu braucht es einen **Ausbau der ausserfamiliären Betreuung** und eine **Stärkung der frühen Förderung**:

- **Jedes Kind soll das Recht auf einen Betreuungsplatz erhalten** - und zwar nicht einfach irgend-ein Betreuungsplatz, sondern einen mit hoher Qualität, der gleichzeitig auch für Familien mit einem tieferen Einkommen bezahlbar ist. Dafür braucht es gerade ausserhalb der Städte einen qualitativ hochstehenden Ausbau des Betreuungsangebotes.
- **Die sprachliche Frühförderung muss verbessert werden** - gerade für Kinder, die im Vorschulalter noch ungenügende Deutschkenntnisse haben. So können Sprachbarrieren frühzeitig abgebaut werden, die sonst für den weiteren Bildungsverlauf verheerende Folgen hätten. Dazu ist eine parlamentarische Initiative der SP im Kantonsrat hängig.
- **Qualität und Arbeitsbedingungen in Kitas verbessern.** Um eine hohe Qualität in der familienergänzenden Betreuung sicherzustellen, sind durch den Kanton pädagogische Qualitätsstandards zu formulieren, bei den subventionierten Plätzen verbindliche Vorgaben für die Arbeitsbedingungen und Entlohnung des Kita-Personals festzulegen sowie die Qualifikation des Personals zu fördern.
- Mit einer **kantonalen Förderung für Familienzentren** könnte der Kanton die Gemeinden dabei unterstützen, gute Rahmenbedingungen für Eltern und Kinder zu schaffen. Auch hier besteht besonders ausserhalb der Städte noch viel Potenzial für wegweisende Projekte. Der Kanton St. Gallen kann hier als Vorbild fungieren.
- Auch eine **bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie** leistet einen wichtigen Beitrag nicht nur zur Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch zur Stärkung der frühen Förderung – weil die Eltern dadurch ihre eigenen Ressourcen besser einsetzen können. Dazu gehört die flächendeckende Einführung von Tagesschulen ebenso wie eine gesetzlich verankerte Elternzeit.

Mit der trägen Haltung des Kantons in der Volksschulpolitik muss endlich Schluss sein. Der Kanton Zürich soll hier aktiv eine Vorreiterrolle einnehmen - und nicht nur von der Seitenlinie aus zuschauen. Deshalb braucht es dringend eine **progressive Neuausrichtung der kantonalen Volksschulpolitik**:

- Der Kanton soll **Impulse aus den Gemeinden aufnehmen und bei deren Umsetzung aktiv unterstützen** - sowohl politisch als auch finanziell.
- Anstatt auf halbem Weg stehen zu bleiben muss der Kanton **mit der Förderung von Tagesschulen endlich ernst machen** - z.B. indem er Tagesschulen in den Gemeinden mitfinanziert. Langfristig soll die Tagesschule nach dem Zürcher Modell Tagesschule 2025 zum Regelmodell in der Volksschule werden.
- **Der duale Bildungsweg muss gestärkt werden.** Ein Ansatzpunkt dafür ist z.B. die Binnendifferenzierung der Anforderungsstufen auch innerhalb des Klassenverbandes auf Sekundarstufe. Zudem muss sichergestellt werden, dass Lernende in ihrem Lehrbetrieb tatsächlich eine gute Ausbildung erhalten und während der Lehre, aber auch im Berufsleben anständig entlohnt werden.

Um die Chancengleichheit während dem gesamten Bildungsweg zu verbessern, braucht es ausserdem Massnahmen zur **Verbesserung der Durchlässigkeit**:

- **Ein Recht auf Weiterbildung** für alle, auch finanziell. Das lebenslange Lernen ist längst Realität. Mit einem verbrieften Recht auf Weiterbildung würde dieser Realität endlich Rechnung getragen. Dabei sind insbesondere die Arbeitgebenden in die Pflicht zu nehmen - denn sie profitieren schlussendlich von neu erworbenen Fähigkeiten und Wissen. Sie sollen zusammen mit dem Kanton auch für deren Finanzierung sorgen. Für Menschen, welche mitten im Berufsleben stehen ist einer Weiterbildung und somit ein Verzicht auf Einkommen für eine gewisse Dauer oft aus finanziellen Gründen schlicht nicht möglich. Gerade im Zuge der Digitalisierung braucht es hier ein verstärktes Engagement aller Akteur*innen im Bildungsbereich.
- **Umschulungsoffensive.** Die Digitalisierung und Automatisierung wird die Berufswelt verändern. Gewisse Stellen werden verloren gehen – gleichzeitig entstehen neue Stellen. Es braucht daher eine Umschulungsoffensive, damit sich beispielsweise die Schweisserin zur Polymechanikerin umschulen lassen könnte oder der Buchhalter zum Pflegefachmann. Diese soll in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und Branchenverbänden ausgearbeitet werden.
- **Streichung von Schul- und Studiengebühren.** Finanzielle Zutrittshürden verstärken die Chancengleichheit in der Bildung noch zusätzlich. Noch dazu tragen sie in vielen Fällen verschwindend wenig zur Finanzierung unserer Bildungsinstitutionen bei - so machen Studiengebühren an der Universität Zürich z.B. nur etwa zwei Prozent des Gesamtbudgets aus. Bildung soll allen zuteil werden - nicht nur denen, die sie sich leisten können.

- **Grosszügigere Stipendienvergabe.** Nicht nur Gebühren, sondern auch die hohen Lebenshaltungskosten im Kanton Zürich stellen eine finanzielle Zutrittshürde dar. Um dem entgegenzuwirken, braucht es eine grosszügigere Stipendienvergabe. Darlehen sind aufgrund des hohen Schuldenrisikos hingegen kein gangbarer Weg.
- **Gezielte Förderung.** Kinder und Jugendliche mit schulischen Schwierigkeiten brauchen gezielte Angebote und Lösungen, die ihren spezifischen Bedürfnissen gerecht werden. Das ist besonders wichtig für junge Menschen, die nicht unser ganzes Schulsystem durchlaufen haben – z.B. unbegleitete minderjährige Asylsuchende.
- **Kostenlose Prüfungsvorbereitung.** Für die Aufnahme ins Gymnasium sollen die Fähigkeiten der Schüler*innen entscheidend sein, nicht das Portemonnaie der Eltern. Deshalb setzen wir uns für kostenlose Vorbereitungskurse ein, die allen Schüler*innen offenstehen – nicht nur jenen, deren Eltern sie sich leisten können.

Last but not least lebt auch die Bildung zu grossen Teilen von den involvierten Menschen. Deshalb braucht es **Investitionen in jene Menschen, die Bildung vermitteln:**

- **Gute Aus- und Weiterbildung.** Für die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften müssen genügend Ressourcen zur Verfügung stehen.
- **Gute Arbeitsbedingungen.** Damit Lehrpersonen ihre Arbeit gut machen können, braucht es auch gute Rahmenbedingungen. Dazu gehört ein vernünftiges Betreuungsverhältnis ebenso wie fachliche Unterstützung bei spezifischen Bedürfnissen einzelner Schüler*innen.
- **Faire Löhne.** Im Bildungsbereich gibt es immer noch zahlreiche Tieflohnbereiche - insbesondere dort, wo v.a. Frauen* arbeiten. So z.B. in der ausserfamiliären Betreuung oder in Kindergärten, aber auch im akademischen Mittelbau.